Typisch links

ZEITUNG FÜR DENKENDE

Dessau-Roßlau
Juli/August 2020
30. Jahrgang

In dieser Ausgabe:

»Tag der Erinnerung 2020«
Besuch von sozialen Einrichtungen
Seite 2

Für eine solidarische
Zukunft nach Corona

Landtagsticker
Seite 3

Zeitbezüge
Seite 8

Aus der Chronik
Seite 9

Termine und Glückwünsche
Seite 11

Leseempfehlung
Seite 12

Sekundar- und Gemeinschaftsschulen werden aufgegeben – Minister kapituliert vor Problemen

Aus dem Bildungsministerium sind Pläne bekannt geworden, zum kommenden Schuljahr erneut – und damit zum dritten Mal nach 2015 und 2017 – die Lehrkräfte-Zuweisung für die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen im Land um durchschnittlich um ca. 5 Prozent zu kürzen. Die Stundentafel soll auf das Minimum reduziert werden, das nach den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz gerade noch zulässig ist. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher Thomas Lippmann:

»Mit diesem erneuten radikalen Einschnitt in die Stundentafel und die Lehrkräftezuweisungen erklärt Minister Tullner die Kapitulation vor den Herausforderungen der Unterrichtsversorgung und gibt diese Schulformen praktisch auf. Mit den erneuten Kürzungen in den Zuweisungen will der Minister einmal mehr dafür sorgen, dass sich die Unterrichtsversorgung auf dem Papier weniger dramatisch darstellt. Das ändert aber nichts am Niedergang der Lernangebote für die ca. 50.000 Schüler*innen, die damit immer weniger Chancen auf gute Schulabschlüsse und gute berufliche Perspektiven haben.

Für die seit Jahren steigenden Schülerzahlen stehen in den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen Jahr für Jahr immer weniger Lehrkräfte zur Verfügung. Die ständigen Kürzungen und die schlechteste Unterrichtsversorgung unter allen Schulformen sind auch ein Feldzug gegen die aufstrebenden Gemeinschaftsschulen, die dem Minister schon von jeher ein Dorn im Auge sind. Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen auf ein Abitur vorzubereiten, kann unter diesen einschränkenden Bedingungen kaum noch gelingen und würde auch jedes Gymnasium überfordern.

Mit der erneuten Kürzung sinkt die Lehrkräftezuweisung auf nur noch 85 Prozent im Vergleich zum Schuljahres 2014/15, als es noch keine schülerzahlbezogenen Zuweisungen gab. Die tatsächliche Lehrkräfteversorgung beträgt sogar nur etwa 80 Prozent des Niveaus von 2014/15. Damit wurden den Schüler*innen bezogen auf die Schuljahrgänge 5 – 10 bereits Unterrichtsangebote im Umfang von einem ganzen Schuljahr gestrichen.

Die letzten bundesweiten Leistungsvergleiche haben bereits 2018 darauf hingedeutet, dass sich das dort getestete Leistungsniveau der 9. Klassen mit am stärksten gegenüber der Erhebung von 2012 verschlechtert hat. Sachsen-Anhalt ist von einer guten Position im oberen Drittel aller Bundesländer bereits ins Mittelfeld abgerutscht. Durch das auch im bundesweiten Vergleich schlechte Unterrichtsangebot an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen wird sich dieser negative Trend fortsetzen. Sachsen-Anhalts Schüler*innen werden so den Anschluss verlieren und den Anforderungen in der beruflichen Ausbildung immer weniger gerecht werden können.

Wer sich so wie Minister Tullner gerade von Sekundar- und Gemeinschaftsschulen abwendet, versagt im zentralen Bereich der Schulpolitik. Nach den massiven Kürzungen in den Grundschulen werden jetzt wieder die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen zur Ader gelassen.

Wir wollen bis 14.08.2020 weiter Unterschriften für das Volksbegehren „Den Mangel beenden, unseren Kindern Zukunft geben“ sammeln!

»Tag der Erinnerung 2020« am 11.06.2020.

Wir gedachten wie jedes Jahr dem Tod von Alberto Adriano und Hans-Joachim Sbrzesny.

Besuche im Kinderheim »Wolkenfrei« und im Sozial-kulturellen Frauenzentrum Dessau

Wir sagen Dankeschön

Am 24. Juni 2020 besuchten Mitglieder unserer Basisorganisation Süd soziale Einrichtungen in Dessau-Roßlau.
Ein erster Besuch fand im Kinderheim „Wolkenfrei“ im Querweg 24 Dessau-Süd statt.
Die Einrichtung ist ein Objekt des Paritätischen Sozialwerkes der Kinder- und Jugendhilfe im Erziehungshilfeverbund Anhalt.
Frank Hoffmann und Erhardt Berner wurden vom Leiter der Einrichtung, Herr Olaf Leps und der Leiterin der Tagesgruppe „Die Querköpfe“, Frau Sabine Putz, herzlich empfangen.
In den wechselseitig geführten Gesprächen und im anschließendem Rundgang durch das Gebäude und seinen Freianlagen, insgesamt ca. 5000 m2, erhielten wir einen beeindruckenden Einblick von der vielseitigen Aufgabenstellung und der guten Bausubstanz der Einrichtung.
Das Kinderheim ist eine stationäre Hilfeform für Kinder und Jugendliche von 3-18 Jahren.

Im Vordergrund der Tätigkeit des Betreuungspersonals steht die wechselseitige pädagogische Bildungs- und Erziehungsarbeit mit Kinder und Jugendlichen, deren Lebensentwicklung u. a. durch Krisensituationen im Elternhaus, in der schulischen Ausbildung bzw. durch Begegnungen mit körperlicher und sexueller Gewalt geprägt waren.
Im Zusammenwirken u. a. mit den Vertretern des Jugendamtes und des Behindertenverbandes der Stadt, gemeinsam mit den Angehörigen ist es das Ziel, entsprechende Fähigkeiten und Haltungen der Kinder und Jugendlichen für eine selbständige Lebensweise herauszubilden.

Oftmals sind die Angehörigen aber den Anforderungen der Gesellschaft nicht gewachsen.

In diesem Sinne werden die Einrichtung einer „Elternakademie“ und die weitere Förderung der Projektarbeit empfohlen.
In der Regel beträgt der Aufenthalt im Kinderheim bis zu 12 Wochen.
Die Unterbringung erfolgt in modern eingerichteten Aufenthalts- und Schlafräumen.

In der Tagesgruppe „Die Querköpfe“, eine teilstationäre Einrichtung, werden bis zu 12 Kinder und Jugendliche im Alter von 6-14 Jahren betreut.
Zielstellung ist es, den Verbleib des Kindes in der Familie zu sichern.
Ein Regelunterricht der Schüler kann infolge der verschiedenen Klassenstufen nicht gewährleistet werden. Durch die gegenwärtige Regelung der Corona Pandemie kann oftmals die Vermittlung des Lehrstoffes nur unzureichend mit Hilfe des Internets erfolgen. Nicht alle Eltern verfügen über diese Technik. Unbefriedigend ist auch der dezentralisierte
Einsatz der Schulbücher in Deutschland.
Ein breites Betätigungsfeld wird den Kindern und Jugendlichen nach Schulschluss bzw. nach dem Mittagessen geboten.
Gruppenräume sind u. a. ausgestattet für die kulturelle, sportliche Betätigung, Vertiefen der Ausbildung am Computer und des Erlernen des Kochens. Besuche des Fitnessstudios, der Sportstätten im Stadion Dessau und der Schwimmhalle (Schwimmunterricht einbezogen) sowie Tagesausflüge gehören zum Freizeitprogramm.
Im großen und gepflegten Außenbereich des Gebäudes wird den Tagesgruppen mit ihrem pädagogischen Personal eine erholsame und sportliche Freizeitgestaltung angeboten.
Während des Rundganges im Kinderheim führten wir Gespräche mit einigen Kindern und Jugendlichen, den Gruppenleitern und mit Studenten.
Vom Leiter der Einrichtung, Herr Leps, erfuhren wir auch, dass es zur Unterstützung der Aufgaben des Kinderheimes „Wolkenfrei“ eine tatkräftige Hilfe durch Sponsoren gibt.
Freudig teilte uns Herr Leps ebenso mit, im Kinderheim gab es keine Infektion des Personals und der

Kinder und Jugendlichen mit derCorona-Krankheit.

Frank Hoffmann, unser Vorsitzender des Stadtverbandes Dessau der Partei DIE LINKE.,
sprach Herrn Olaf Leps und seinem Erziehungs- und Pflegepersonal einen herzlichen Dank für die geleistete Tätigkeit aus. Der Besuch sollte keine „Eintagsfliege“ gewesen sein!

Im Rahmen von Besuchen von sozialen Einrichtungen in besonderen Situationen in Dessau-Süd durften wir am 24.06.2020 auch das Sozial-kulturelle Frauenzentrum in der Törtener Straße besuchen und wurden herzlich in der Einrichtung begrüßt.

Der Verein besteht neben den Sozial-kulturelles Frauenzentrum noch aus einem weiteren Projekt, dem Frauenhaus. Frau Keller – stellvertretende Vereinsvorsitzende und Frau Kohse-Roil - Vorsitzende des Sozial-kulturelles Frauenzentrums nahmen die Grüße und den Dank für ihre kreative, kontinuierliche, soziale Arbeit entgegen. In einem sehr angeregten offenem Gespräch wurde die aktuelle Situation und Probleme vom Verein hinsichtlich der finanziellen Enge angesprochen. Im Zusammenhang mit Corona führen die fehlenden Einnahmen zu weiterem Finanzmangel. 2,5 Monate musste das Frauenzentrum für die Öffentlichkeit ganz schließen und aktuell kann auch nur mit halber Teilnehmerzahl gearbeitet werde. Während der Schließung wurde eine 24-Stunden telefonische Beratung für Frauen angeboten, ein Hygienekonzept musste erarbeitet werden und unter Auflagen stehen viele Angebote zur Freude der zahlreichen Besucher wieder offen. Die Angebote werden gut von Frauen aus dem Quartier, aus dem Stadtgebiet aber auch von Frauen aus der Umgebung angenommen.
Im Frauenhaus können z.Z. wegen Corona nur 50% der Unterkünfte genutzt werden, Unterstützungen und Beratungen für schutzsuchende Frauen und Kindern fanden und finden unabhängig durchgehend statt und werden gut genutzt.
Mit viel Arrangement und Leidenschaft meistern die Frauen in ihren Funktionen auch die schwierige Zeit, freuen sich über die Treue der Nutzerinnen von zahlreichen unterschiedlichen Angeboten.
Diese wichtige, zum Teil außerhalb der Öffentlichkeit stattfindende und wahrzunehmende sozialen Arbeit, muss viel mehr Aufmerksamkeit und Anerkennen entgegen gebracht und auch von Seiten der LINKEN zum Erhalt der letzten 2 Projekte Sozialkulturelles Frauenzentrum und Frauenhaus beigetragen werden.

Klaus und Karin Hildebrandt

Teil 2

LINKE Aufgaben

Für eine solidarische Zukunft nach Corona

Vorschläge zur strategischen Positionierung der LINKEN

von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jörg Schindler und Harald Wolf, Mai 2020

1. Ein sozialer Schutzschirm für alle

DIE LINKE steht an der Seite an der Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner*innen. Wir machen Druck für einen sozialen Schutzschirm, der alle schützt.

So fordern wir:
- ein Kurzarbeitergeld von 90 Prozent,
- einen Corona-Zuschlag von 200 Euro im Monat auf die Sozialleistungen,
- ein Corona-Überbrückungsgeld für Kleinstunternehmen, Kunstschaffende und Soloselbstständige und Minijobbende,
- Mietmoratorium und Kündigungsschutz,
- bedarfsdeckende Finanzierung der Krankenhäuser und Zulagen in der Pflege als Einstieg in höhere Gehälter,
- Kredite und Hilfen für Selbstständige.

Wir vertreten die Interessen der Arbeiter*innenklasse, der Ausgegrenzten und Marginalisierten.
Wir haben erfolgreich Druck gemacht, und die Bundesregierung musste einige unserer Forderungen teilweise übernehmen (Mieterschutz, Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, Zulagen in der Pflege). DIE LINKE ist seit Jahren aktiv im Kampf für bessere Bedingungen in der Pflege und für ein besseres Gesundheitssystem. Gerade in den kommenden Verteilungskämpfen ist das wichtig.
Unser Auftrag lautet auch weiterhin: Die Verteidigung all jener, die schuften und sich abrackern, die sich wenig oder nichts leisten können und die sich nicht mehr repräsentiert fühlen. Bei ihnen dürfen die Kosten der Krise auf keinen Fall abgeladen werden. Gleichzeitig wissen wir: Diesen ureigenen Auftrag jeder linken Partei können wir nur erfüllen, wenn wir mit der Verteidigung der sozialen und demokratischen Interessen auch die Frage einer alternativen gesellschaftlichen Ordnung auf die Tagesordnung setzen. Deshalb formulieren wir bei unserer Interessenvertretung immer auch einen unmissverständlichen Veränderungsanspruch: Den Interessen des Kapitals Grenzen setzen und diese zurückdrängen, der gerechten Gesellschaftsordnung schrittweise zur Durchsetzung verhelfen. Denn diejenigen, die seit Jahrzehnten ausgeplündert werden und die unter dem zu erwartenden Wirtschaftsschock am meisten zu leiden haben, reichen weder Trost noch radikale Worte. Sie brauchen spürbare Veränderungen, die ihr Leben würdevoller und si-

cherer machen.

2. Die Gleichheit der Menschen verteidigen: gegen Diskriminierung von Alten und Geflüchteten

In den Debatten um Lockerungen wird immer wieder die unheilvolle Idee propagiert, „Risikogruppen“ zu isolieren oder das Leben älterer Menschen als weniger schützenswert anzusehen. DIE LINKE lehnt diese Ansätze kategorisch ab. Diese Vorstöße sind ein böses Gift in unserer Gesellschaft. Bereits vor Corona gab es eine strukturelle Altersdiskriminierung. Sie zeigt sich in der Art und Weise, wie ältere Menschen im Job missachtet werden, wie unsere Altenheime und der Lebensabend überhaupt ökonomisiert wurden, wie die Rente oftmals nicht den Lebensstandard sichert. Wer jetzt der Meinung ist, dass ältere Leute zu Hause bleiben sollten, damit die Wirtschaft wieder in Gang kommt, vergeht sich nicht nur an der Lebensleistung der Betroffenen, sondern macht das Alter zum Risiko statt die rücksichtslose Ökonomisierung des Lebensabends in Frage zu stellen.
Überall, wo Menschen auf engem Raum untergebracht sind, ist das Infektionsrisiko besonders groß. Der Pflegenotstand in den Altenpflegeeinrichtungen ist katastrophal. Hart trifft es auch die Geflüchteten. Vielfach sind Sammellager, wie im baden-württembergischen Ellwangen, schon zu Infektionsherden geworden. Genauso entschieden kritisieren wir den rechtswidrigen Umgang mit den Flüchtlingen auf den griechischen Inseln und fordern humanitäre Sofortmaßnahme durch die Aufnahme von 10 000 Geflüchteten. Diese Lager müssen evakuiert und die Menschen in die europäischen Länder verteilt werden. Leave no one behind – niemanden zurücklassen!

3. Politische Grundrechte verteidigen

Das Virus zu stoppen bedeutet ausdrücklich nicht, dass der Infektionsschutz als Vorwand missbraucht wird, um pauschal politischen Protest und demokratische Grundrechte, wie die Versammlungsfreiheit, auszusetzen oder arbeitsrechtliche Standards wie den 8-Stunden-Tag auszuhebeln. Inzwischen entwickeln die verschiedenen Initiativen Protestformen, die deutliche Botschaften setzen und trotzdem mit Infektionsschutzregeln vereinbar sind. So setzte Fridays for Future statt auf eine Demo von vielen auf ein starkes Bild mit unzähligen selbstgestalteten Plakaten auf der Wiese vorm Bundestag. Gerade angesichts der bevorstehenden harten Verteilungskämpfe, die uns bevorstehen, sind eine aktivierte Zivilgesellschaft und eine lebendige Protestkultur wichtig. Als LINKE organisieren und unterstützen wir deshalb unter strenger Berücksichtigung des Infektionsschutzes politische Aktionen im Netz und auf der Straße, zum Beispiel zum Tag der Pflege, für Frieden und Abrüstung, gegen Rassismus, für internationale Solidarität oder für bezahlbares Wohnen.

4. Für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, sozial-ökologischen Systemwechsel vorantreiben

Jetzt wird entschieden, wie diese Krise aufgelöst wird. Jetzt wird entschieden, wer profitieren wird, wer die Folgen tragen und die Kosten bezahlen muss. Der Klimaschutz darf nicht wieder nur auf der Reservebank sitzen. Denn die Gelder, die jetzt für Investitionen freigemacht werden, können kein zweites Mal ausgegeben werden. Sie müssen den sozial-ökologischen Umbau und die Wirtschaftsdemokratie voranbringen. Staatliche Hilfsgelder und notwendige Investitionen müssen wir sinnvoll miteinander verbinden, damit nicht nur der krisenverursachende bzw. krisenanfällige Status quo wiederhergestellt wird, sondern unsere Gesellschaft in eine neue Betriebsweise überführt wird. Deshalb müssen staatliche Hilfsgelder an strukturbestimmende und für den sozial-ökologischen Umbau bedeutsame Unternehmen mit dem Erwerb von Eigentumsrechten und dem Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen verbunden werden bis hin zu einer möglichen Vergesellschaftung. Investitionen wiederum sollen vorrangig den Einstieg in ein sozial-ökologisches öffentliches Wirtschaften sowie der Ausweitung betriebs- und wirtschaftsdemokratischer Gestaltung dienen, etwa über regionale Wirtschaftsfonds mit Regionalräten, der Stärkung von Belegschafts- und öffentlichem Eigentum, zum Beispiel der Kommunen. Auch auf unserer Kasseler Strategiekonferenz im Februar 2020 wurde deutlich, dass die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz einen wesentlichen Kern linker Politik ausmacht. Wir haben hier als LINKE unterschiedliche Schwerpunkte, aber uns eint das Wissen um den gesellschaftlichen Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit. Nur wenn sich Klimaschutz alle leisten können, ist er gerecht und kein Privileg der Besserverdienenden.

Drei mögliche Zukunftspfade

Der globale Kapitalismus war schon vor der Pandemie im Umbruch und der Neoliberalismus in einer Legitimationskrise. Dabei zeichnen sich drei mögliche Pfade ab:

Erstens: Herausbildung eines autoritären Kapitalismus

In Ländern wie den USA, Großbritannien, Ungarn, Türkei oder Polen, aber auch in Indien und Brasilien, sind autoritäre, nationalistische Regierungen die rechte Antwort auf die neoliberale Ära. Sie verbinden nationalistisch-exklusive Wohlstandsversprechen mit Ausgrenzung von bestimmten ethnischen oder religiösen Bevölkerungsgruppen, mit Abgrenzung gegenüber Migranten*innen und Geflüchteten. Sie begründen ihre Siege bei Wahlen nicht nur mit dem Versprechen der Rückkehr einer besseren Vergangenheit, sondern auch mit den real erlittenen Erfahrungen der sozialen Verrohung und kulturellen Verluste im Zuge der neoliberalen Globalisierung. Bislang konnte die alte und die neue Rechte in Deutschland nicht von der Corona-Krise profitieren. Das ist gut so

und umso mehr gilt es, all jenen aufklärerisch zu begegnen, die tatsächlich glauben, dass sich hinter der Corona-Pandemie ein geheimer Plan zur Erringung der Weltherrschaft verbergen würde. Zugleich gilt: Die nationalistische Antwort auf die Krise des Neoliberalismus verkennt, dass die Welt bereits umfassend und unauflösbar miteinander verbunden ist – sozial, wirtschaftlich, auch ökologisch. Folglich können die Probleme auch nur in solidarischer Kooperation, nicht aber „in einem Land", schon gar nicht „für unser Volk" gelöst werden.

Zweitens: Modernisierung des Kapitalismus

Auf diesem Pfad – in Frankreich wird er durch Macron verkörpert, hierzulande steht Schwarz-Grün dafür – werden die Leittechnologien und Produktlinien umgebaut. Klimaschutz wird in unterschiedlicher Weise – kommunikativ oder materiell – Bezugspunkt dieser Modernisierung. Grundlagen der Marktwirtschaft, der Eigentumsformen oder das Exportmodell Deutschland werden nicht in Frage gestellt. Auch Niedriglöhne und prekäre Arbeit, billige Arbeitskraft auf den Weltmärkten werden nicht in Frage gestellt. Die internationale Arbeitsteilung bleibt unverändert, ebenso die strukturelle Ausbeutung der Ressourcen im globalen Süden. Die Handelsbeziehungen sollen stärker reguliert und Kompromisse einkalkuliert, Interessen nicht einfach mit dem Recht des Stärkeren durchgesetzt werden. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die nötige Infrastruktur (Ladestationen, digitale Infrastruktur, usw.) aufgebaut und – mittels der öffentlichen Haushalte – finanziert wird. Dieses Modell ist mit staatlicher Regulierung und Investitionen als Übernahme der Kosten der Innovation durch den Staat verbunden. Diese Linie findet sich auch in den Forderungen der Industrie nach Staatshilfe in der Corona-Krise.
Die ökologische Ausrichtung eines solchen grün modernisierten Kapitalismus soll mit marktwirtschaftlichen Wettbewerbselementen, etwa Öko-Steuern und CO2-Bepreisung, erreicht werden. Grundsätzlich gehen die Anhänger*innen dieses Kurses davon aus, dass die Modernisierung nicht gegen die Konzerne durchgesetzt werden muss, sondern in kooperativer Zusammenarbeit und auf Basis von Markt und Wettbewerb. Verteilungskämpfe werden hierbei jedoch ausgeklammert oder zu Lasten der ärmeren Schichten entschieden. Es droht latent die Wiederkehr eines neoliberalen Marktmodells mit grünen Aspekten. Verlierer*innen dieses Modells sind die, die sich Ökologie als Wettbewerb unter dem Regime von Preis und Markt potenziell nicht leisten können.

Drittens: Sozial-ökologischer Systemwechsel oder: Für einen linken Green New Deal

DIE LINKE steht für eine Alternative zum autoritären wie zum grünmodernisierten Kapitalismus. Wir verbinden den Kampf um soziale Gerechtigkeit mit konsequentem Klimaschutz, Demokratie und Frieden. Wir stehen für ein neues, sozial gerechtes und klimagerechtes Wohlstandsmodell, das die Lebensqualität verbessert.

Elemente eines solchen Projektes sind:
- Ein ehrgeiziges Investitionsprogramm in die soziale Infrastruktur und den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft. So schaffen wir zugleich die Infrastruktur für ein besseres Leben und eine krisenfestere Gesellschaft. Mit dem Aufwuchs der öffentlichen Daseinsvorsorge und kollektiver Mobilität/ÖPNV entstehen Millionen neue Arbeitsplätze.
- Sinnvolle Arbeit, kürzere Arbeitszeiten und Löhne, die für ein gutes und sicheres Leben reichen. So können wir auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zurückdrängen, indem wir alle wirklich gesellschaftlich notwendigen („systemrelevanten") Berufe anerkennen und die Arbeit auch zwischen den Geschlechtern gerechter verteilen können.
- Soziale Sicherheit für alle. Alle garantiert vor Armut schützen. Den Sozialstaat durch soziale Garantien verstärken und alle Menschen wirksam gegen die Risiken von Krankheit und Erwerbslosigkeit schützen, einen guten Lebensstandard für alle in allen Lebenssituationen, vor allem aber auch im Alter garantieren.
- Gerechter Klimaschutz. Im Zentrum stehen hier der Ausstieg aus der Kohle, der Ausbau der regenerativen Energien, eine ökologisch nachhaltige Mobilitätswende, der Umbau der Landwirtschaft und energetische Gebäudesanierung. Dabei muss DIE LINKE lokal und global denken. Es geht auch um die Verantwortung der globalen Wirtschaftszentren gegenüber den globalen Armutsregionen. Wir benötigen eine neue Weltwirtschaftsordnung, die verantwortlich und nachhaltig mit dem Ressourcenverbrauch umgeht, Fluchtursachen zurückdrängt und Klimagerechtigkeit herstellt.
- Ökologische Transformation der Industrie mit Konversion klimaschädlicher Industrien, einer Arbeitsplatz- und Einkommensgarantie und mehr Demokratie in der Wirtschaft.
- Umverteilung von Einkommen und Vermögen ist eine zentrale Voraussetzung dieses Projektes. Es geht nicht nur um die stärkere Belastung der Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer, vielmehr um ein gesellschaftliches System der Verteilungsgerechtigkeit und der Herausbildung neuer Eigentumsformen. Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit schaffen mehr Innovationen und ermöglichen ein besseres Leben für die Vielen.

Für all das braucht es solidarische Kämpfe und politische Mehrheiten. Wir sind davon überzeugt, dass es gerade jetzt möglich ist, für diese Perspektive ein Fenster in der Gesellschaft zu öffnen. Das Bewusstsein, dass es so nicht bleiben kann und darf, ist längst da. Gerade DIE LINKE ist in der Lage, diese Elemente zu einem neuen gesellschaftlichen Projekt zusammenzuführen. Wir wollen die Auseinandersetzung und die Kämpfe für ein solches Projekt mit dem Einstieg in einen demokratischen Sozialismus verbinden, der die gleichberechtigte soziale Teilha-

be für jede und jeden ermöglicht und die Bedingungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit schafft. Mit einem Produktions- und Lebensmodell, das in Einklang mit den natürlichen Lebensgrundlagen steht.

Ansatzpunkte in und nach der Corona-Krise

In der Corona-Krise ist deutlich geworden, welche Berufe und Tätigkeiten für die Gesellschaft besonders wichtig und versorgungsrelevant sind. Und es ist deutlich geworden, welche brutale Verwüstung die neoliberale Politikzum Beispiel im Gesundheitswesen angerichtet hat. Es ist im Alltag präsenter denn je, dass Privatisierung und herbeigesparter Pflegenotstand eine wesentliche Ursache für den Zustand im Gesundheitswesen sind. Die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass Profit und Wettbewerbslogik einer vorsorgenden Gesundheitsversorgung im Wege stehen. Unser Konzept eines nach dem Bedarf ausgerichteten Gesundheitssystems mit öffentlichen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, ausreichendem Personal, besserer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen, finanziert durch eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, wird unterstützt und ist geeignet, breite Bündnisse mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Patientenorganisationen zusammenzubringen.

Das Gesundheitswesen steht exemplarisch für die Gesamtheit der öffentlichen Gemeingüter, wie Bildung, Kultur, Erziehung, Wohnen, öffentlicher Verkehr, Strom- und Wasserversorgung. Sie müssen in öffentlichem, gemeinnützigem oder genossenschaftlichem Eigentum organisiert werden, unter demokratische Kontrolle und am Bedarf ausgerichtet. Damit verbunden ist ein neues Wohlstandsmodell, eine neues Verständnis von gesellschaftlichem und individuellem Wohlstand: Der gebührenfreie, für alle gleichberechtigte Zugang zu einem ausgebauten Gemeinwesen wird den Wohlstand und die Lebensmöglichkeiten aller verbessern. Das neue, soziale Wohlstandsmodell orientiert sich nicht einfach am BIP oder am Wachstum von Kapital und Profit. Wir brauchen darüber hinaus andere Parameter der Zufriedenheit und des gesellschaftlichen Glücks. Zum Beispiel soziale und ökologische Nachhaltigkeit, die (niedrige) Spreizung von Einkommen, einen (niedrigen) Gini-Koeffizienten als Maßstab für Ungleichheit, die (niedrige) Quote von prekärer Beschäftigung und Löhnen unterhalb der Niedriglohngrenze, die (verringerte) Zahl der Erschöpfungsdepressionen, der gleiche Zugang zu Bildung, die Elternunabhängigkeit des beruflichen Aufstiegs. Nicht zufällig sind das nicht allein im engen Sinne wirtschaftliche Faktoren, sondern solche, die die menschlichen und gesundheitlichen Kosten – und Zugewinne – des Wirtschaftens einbeziehen.

Wir haben das verschiedentlich als „Infrastruktursozialismus“ bezeichnet. Der Begriff war in der LINKEN nicht immer oder nicht bei allen beliebt. Zwischenzeitlich wird dieser Begriff von Wissenschaftlern wie Nachtweih oder Heckl aufgegriffen. Wolfgang Streeck spricht von Infrastrukturen als „Fundamentalökonomie“, die anderes Wirtschaften erst ermöglicht – und um die die regionale Wirtschaft kreisen müsste. Wir können es auch eine universelle Grundversorgung nennen, auf die alle Bürger*innen ein Recht haben.

Der Stand der Produktivkräfte, der Reichtum unserer Gesellschaft würde längst ermöglichen, dass das Leben nicht um die Arbeit kreist, sondern die Arbeit um das Leben. Der Kampf um kürzere Arbeitszeiten war immer auch ein kultureller: Es geht um die Eroberung selbstbestimmter Zeit, um ein anderes gleichberechtigtes Verhältnis der Geschlechter, um Emanzipation.

Basis eines solchen Modells sind sichere Arbeitsplätze, die gut bezahlt werden, tariflich reguliert sind, betriebliche Mitbestimmung garantieren und sinnvolles Arbeiten ermöglichen. Viele haben in der Corona-Krise ihren Dank und ihrer Anerkennung wichtiger Beschäftigungsgruppen, wie Verkäufer*innen, Postboten, Logistik und Pflege, durch Beifallklatschen ausgedrückt. Diejenigen allerdings, die für bessere Löhne und Tarifverträge sorgen können, dürfen sich nicht hinter preiswertem Lob verstecken. In der Krise ist das Selbstbewusstsein der Beschäftigten gewachsen – es könnte in bessere Organisierung und Kampfbereitschaft umschlagen. Wir wollen das befördern.

Wie wichtig Sozialsysteme sind und wie schmerzhaft das Fehlen von sozialen Garantien ist, hat die Corona-Krise verdeutlicht. In Ländern ohne Kurzarbeitergeld und ohne allgemeine Krankenversicherung, wie den USA, steigen die Krankheits- wie auch die Erwerbslosenzahlen sprunghaft an und Millionen fallen in extreme Not, auch ethnische Spaltungen vertiefen sich. Die Schlangen an den Suppenküchen und Lebensmittelausgaben werden länger und länger. Auch bei uns ist plötzlich deutlich geworden, wo überall Lücken unseres Sozialstaates durch Tafeln, Suppenküchen und die alltäglichen Hilfen im Alltag gestopft werden – und wie existenziell es für die Betroffenen ist, wenn die plötzlich wegfallen. Deshalb muss der Sozialstaat ausgebaut und für alle zugänglich, damit tatsächlich krisenfest gemacht werden. Die Angriffe der Kapitalverbände und ihrer politischen Lobbyisten auf die öffentlichen Kassen werden nicht lange auf sich warten lassen.

Wir können es drehen und wenden: Die Bewältigung der Klimakrise und die Verhinderung der Erderwärmung über 1,5 Grad bleibt auch nach Corona eine historische Ausgabe. Diese ist ohne einen grundlegenden sozial-ökologischen Systemwechsel nicht zu bewältigen. Die sozial-ökologische Transformation ist die zentrale Herausforderung unseres Jahrhunderts. Sie wird ohne eine weitgehend Emissions-neutrale Ökonomie nicht zu haben sein. Dafür braucht es auch eine Demokratisierung der Wirtschaft selbst und damit auch Eigentumsstrukturen, die öffentliche, genossenschaftliche und belegschaftseigene Beteiligung garantieren, oder wie es Hans-Jürgen Urban sagte: „Nicht Privatkapitalismus, sondern Wirtschaftsdemokratie lautet die Perspektive“.

Die Kosten eines solchen Umbaus sind enorm. Die Forderungen nach Investitionsprogrammen setzen bereits ein. DIE LINKE will diese Investitionen für den Ausbau der öffentlichen und sozialen Infrastruktur

sowie für den klimagerechten Umbau der Wirtschaft verwenden. Das wird einhergehen mit dem Kampf um stärkere Besteuerung der Superreichen und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Es stehen harte Verteilungskämpfe bevor. DIE LINKE kann hier eine wichtige Funktion in der Verbindung und Organisierung einnehmen: Eine verbindende Klassenpolitik entwickeln und den Begriff der Solidarität inklusiv fassen.
Ein sozialökologischer Spurwechsel, ein linker Green New Deal, wird nur gegen die geballte Macht der großen Konzerne und gegen die Kapitalverwertungsinteressen der ökonomisch Mächtigen durchzusetzen sein. Keine Partei schafft das alleine, vielmehr brauchen wir breite Allianzen des Gemeinsamen, ein neues Solidarversprechen der Gesellschaft selbst. Dies auszuarbeiten ist Aufgabe aller progressiven Kräfte in unserer Gesellschaft: die Gewerkschaften und Sozialverbände, die Kirchen und die Umweltverbände, die Zivilgesellschaft wie die Klimaschutzbewegung und die sozialen Bewegungen. Viele dieser Akteure arbeiten bereits an verschiedenen Kernpunkten des sozial-ökologischen Umbaus. Die Idee eines linken Green New Deal entwickelt weltweit große Anziehungskraft. Damit kann politische Dynamik und Mobilisierung für einen grundlegenden Richtungswechsel in unserer Gesellschaft entstehen. Die Hoffnung ist: Wir sind nicht allein. Zum ersten Mal seit vielen Jahren besteht die Chance für ein gemeinsames weltweites linkes Projekt, das verschiedene Ansätze linker Politik (linkskeynesianische, ökologische, gewerkschaftliche und sozialistische) zusammenbringt und hegemonial macht.

Hegemoniekämpfe erhöhen die Kriegsgefahr

Inmitten der größten Pandemie gilt mehr denn je: Jedes öffentliche Gesundheitssystem in dieser Welt ist nur so stark wie sein ärmster Patient. Statt nationalistische Vorteilsnahme müssen gegenseitige Unterstützung und Solidarität die Antwort sein. Aber das Gegenteil passiert: Donald Trump versucht, sein Versagen in der Corona-Krise durch das Schüren von Ressentiments gegen China zu vertuschen. Das ist das Verhalten einer Weltmacht, die an Einfluss und wirtschaftlicher Bedeutung verliert. Die Veränderung bestehender Hegemonialverhältnisse und die Herausbildung einer neuen Weltordnung sind krisenhaft und brandgefährlich. Der US-Militäretat von fast 700 Milliarden Dollar ist höher als der der 15 Länder mit den höchsten Militärausgaben zusammen, dreimal höher als der von China und mehr als zehnmal so hoch wie der von Russland. Trump setzt vor allem auf wirtschaftlichen Protektionismus und unterminiert gezielt die noch bestehenden multilateralen Institutionen wie etwa die UNO oder auch die Weltgesundheitsorganisation WHO.
Der von den USA angezettelte Handelskrieg mit wechselseitigen Zöllen oder deren Androhung sind Vorboten einer Verschärfung der Konflikte. Regionale Kriege, Konflikte im Nahen Osten und Konflikte innerhalb der NATO (z. B. mit der Türkei) nehmen zu. Ob das die Endmoräne der alten Hegemonie oder schon der Vorbote kommender Konflikte um eine Neuordnung der Welt ist – oder beides – ist noch offen. Sicher ist aber, dass die Kriegsgefahr seit Jahrzehnten nicht so groß war.
Auch Deutschland und die Europäische Union rüsten auf. Die Verteidigungsministerin kündigt inmitten der Corona-Krise an, 45 atombombenfähige Kampfjets in den USA kaufen zu wollen. Deutschland steigert seine Rüstungsausgaben mehr als jedes anders europäische Land. Für DIE LINKE gilt: Wir kämpfen für Friedenspolitik und Abrüstung – jetzt erst recht. Friedenspolitik bedeutet konkret: Abzug der US-Atombomben aus Deutschland. Es bedeutet, sich für ein Ende der Sanktionspolitik gegen Russland einzusetzen und für ein neues System kollektiver Sicherheit in Europa zu werben. Es bedeutet, die Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland und die unheilvollen deutschen Waffenexporte in die Krisengebiete dieser Welt zu beenden. Friedenspolitik bedeutet konkret: tatsächlich abzurüsten und nicht nur Sonntagsreden darüber zu halten. Wir brauchen einen neuen solidarischen Multilateralismus auf unserer Welt und weniger Waffen. Auch das ist schon jetzt eine Lehre aus der Pandemie.

Landtagsticker

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 08./09.07.2020 (Auszug)

#Umwelt
Brüchau und Teutschenthal – Fehler der Landesregierung untersuchen
Nach zahlreichen Debatten im Landtag und in den Ausschüssen zur Bohrschlammdeponie Brüchau und der Grube Teutschenthal sieht die Fraktion DIE LINKE die Notwendigkeit für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange sagte, dass untersucht werden solle, ob und in welchem Umfang durch Tun oder Unterlassen der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden die Umschlagung, Lagerung, Behandlung und Verbringung von Abfällen, Bohrschlämmen usw. entgegen den geltenden Rechtsvorschriften ermöglicht wurden. Dies betreffe im Falle der Obertagedeponie den Zeitraum von 1990 bis Juni 2020 und im Bergwerk Teutschenthal den Zeitraum von 2004 bis Juni 2020. Wurden die erforderlichen Erlaubnisse und Genehmigungen rechtmäßig erteilt? Wurden die Einhaltung geltender Rechtsvorschriften und der in den Erlaubnissen und Genehmigungen enthaltenen Maßgaben ordnungsgemäß überprüft? Sind Verstößen erforderliche Konsequenzen gezogen worden? Mit diesen Fragestellungen soll sich der nunmehr eingesetzte 20. Parlamentarische Untersuchungsausschuss nunmehr befassen.

#Strukturwandel
Die vom Strukturwandel betroffenen Regionen Mitteldeutsches Revier und Lausitzer Revier befinden sich jeweils in zwei Bundesländern. Deshalb setzen sich die Linksfraktionen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und

Brandenburg in ihren Landtagen für eine länderübergreifende Kooperation ihrer Parlamente ein. Dies solle nach Aussagen der energiepolitischen Sprecherin Kerstin Eisenreich durch einen zeitweiligen Ausschuss in den jeweiligen Landtagen geschehen. Die Lage des Mitteldeutschen Braunkohlereviers über zwei Bundesländer hinweg mit jeweils unterschiedlichen politisch-föderalen und staatlich-administrativen Bedingungen führe zu besonderen Herausforderungen in der kooperativen Zusammenarbeit im Rahmen des begonnenen Strukturwandelprozesses, die die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen zeitgleich bewältigen müssen. Die Parlamente müssten eine aktive Rolle bei der Begleitung des Strukturwandels einnehmen und ein Auge darauf haben, dass die für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier vorgesehenen Gelder nur für Projekte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Region und entsprechend dem zu entwickelnden Leitbild eingesetzt werden.
Der Landtag entschied sich allerdings mehrheitlich für den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, mit dem sich das Parlament mit der Berichterstattung der Regierung und damit einer passiven Rolle zufriedengibt.

Kerstin Eisenreich (MdL), 16. Juli 2020

Zeitbezüge

01.07.1895
Hugo Junkers gründet in Dessau die Firma Junkers & Co. zur kommerziellen Verwertung der Junkers-Erfindungen.

01.07.1945
Die Truppen Großbritanniens und der USA ziehen sich (gemäß alliierter Vereinbarungen vom 5.6.1945) aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg zurück, und die sowjetischen Streitkräfte übernehmen die Kontrollfunktion. In Berlin übernehmen die Amerikaner, die Briten und die Franzosen ihre Sektoren.

In Dessau rücken die Sowjets am 3.7. ein. Der sowjetische Stadtkommandant, Oberst Romanjuk, bestätigt die Vorschläge der „Antifaschistischen Vereinigung“ zur Besetzung der wichtigsten städtischen Funktionen: OB Fritz Hesse und 1. Bürgermeister Wilhelm Bahn.

05./16.07.1920
Eine internationale Konferenz in Spa legt den Termin für die Reduzierung des im 1. Weltkrieg besiegten deutschen Heeres auf 100 000 Mann fest. Über die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Reparationen wird noch keine Einigung erzielt.

09.07.1945
Im Dessauer Gasthof „Odeon“ werden die Dessauer freien Gewerkschaften gegründet.

13./14.07.1870
Die französische Regierung Napoleons III. lässt vom preußischen König Wilhelm in Bad Ems die Erklärung fordern, niemals wieder einem Hohenzollern die Zustimmung zu einer Kandidatur auf den spanischen Thron zu geben, was dieser zurückweist. Bismarck übergibt die telegrafische Mitteilung der Vorgänge aus Ems der Öffentlichkeit verschärft gekürzt bekannt – „Emser Depesche“. Napoleon III. reagiert auf diese „Provokation“ am 19.7. mit der Kriegserklärung an Preußen - Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870/71.

14.07.1795
Die Marseillaise wird zu einem nationalen Lied der Franzosen erklärt. Seit 1946 offizielle Nationalhymne.

16.07.1945
Die erste Atombombe wird in der Wüste bei Los Alamos in New Mexiko (USA) gezündet.

17.07./02.08.1945
Potsdamer Konferenz der Regierungschefs Großbritanniens Churchill/Attle, der USA Truman und der UdSSR Stalin. Sie endet mit dem „Potsdamer Abkommen“.

19.07.1920
Eröffnung des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale in Petrograd mit einem Referat Lenins. Er referiert über die Weltlage, die Aufgaben der KI sowie zur Nationalitäten- und Kolonialfrage. Vom 23.7. bis zum 7.8. wird der Kongress in Moskau fortgesetzt. Er beschloss u.a. die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die KI.

21.07.1870
August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Vertreter der SDAP im Norddeutschen Reichstag, enthalten sich bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe zur Finanzierung des am 19.7. ausgelösten militärischen Konflikts mit Frankreich der Stimme.

05.08.1895
In London stirbt Friedrich Engels. Der „Vorwärts“ der SPD schreibt am 7.8.: „Die Arbeiter aller Länder trauern um Friedrich Engels; allein sie werden nicht klagen um den Tod des Führers und Vorkämpfers. Für uns ist er nicht tot – er lebt, er redet zu uns, er zeigt uns den Weg, er treibt uns voran...“.

06. und 09.08.1945
Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki.

07.0ß.1920
Im April 1920 überfällt Polen Sowjetrussland. Als Anfang August die direkte Unterstützung Polens durch England und Frankreich droht, schließen sich der ADGB und die SPD der Forderung von KPD und USPD an und unterschreiben einen gemeinsamen Aufruf „Hände weg von Sowjetrussland“.

08.08.1945
In London schließen die Alliierten ein Abkommen über die Bildung eines Internationalen Militärgerichtshofes. Es tritt erstmals am 14,11,1945 in Nürnberg zusammen.

08./09.08.1945
Kriegserklärung der UdSSR an Japan gemäß der in Jalta getroffenen Vereinbarungen und Beginn der Offensive der Sowjetarmee gegen acht japanische Armeen, die als Kwan-

tung-Armee die Mandschurei und Korea besetzt hielten.

12.08.1970
Normalisierung der Beziehungen.

14.08.1945
Bedingungslose Kapitulation Japans.

27.08.1770
In Stuttgart wird Georg Wilhelm Friedrich Hegel geboren.

Anmerkungen zu den Zeitbezügen

16.07.1945
Der erste Atomtest
Die erste Atombombe wurde am Morgen des 17. Juli 1945 um 5.29 Uhr in der Wüste bei Los Alamos in New Mexiko gezündet.
Der US-Physiker Robert Oppenheimer und seine Kollegen vollendeten damit das streng geheime Rüstungsprojekt „Manhattan“. 30 Wissenschaftler hatten ohne jedes Aufsehen in einem streng geheimen Laboratorium in den Bergen von New Mexiko knapp zweieinhalb Jahre daran gearbeitet Ausgangspunkt der Arbeiten war ein Brief Albert Einsteins an den damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, in dem er vor möglichen Atomwaffenplänen der Nazis warnte.
Die Atombombe trug den Codenamen „The Gadget“ („Technische Spielerei“). Sie hatte einen Durchmesser von zwei Metern. In Bunkern in sicherer Entfernung saßen hunderte Wissenschaftler, Ingenieure und Militärs und warteten auf den sogenannten „Trinity“ – Test. Sie wurden überrascht: Sie hatten erwartet, „The Gadget“ hätte etwa 4 000 Tonnen TNT Sprengkraft. Tatsächlich waren es 20 000.

17.07. – 02.08.1945
Potsdamer Konferenz und Abkommen
Am 17. Juli 1945 begann in Potsdam das Treffen der Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR. Das geheime Codewort für seine Vorbereitung hieß „Terminal“ (Endstation). Potsdam aber setzte nicht nur den Schlusspunkt hinter das europäische Kriegsgeschehen, sondern suchte auch künftige Entwicklungen vorzuzeichnen.
Am Beratungstisch im Hohenzollernsitz Cäcilienhof saßen Churchill (später Attle), Truman und Stalin als die Repräsentanten der Hauptkräfte der Antihitlerkoalition, der Siegermächte im bisher verheerendsten Krieg der menschlichen Geschichte. Ihre Völker hatten sich vereint und im Bündnis mit anderen überfallenden Nationen den Hitlerfaschismus zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen. Das gab ihnen das Mandat, eine dauerhafte Friedensordnung auf den Weg zu bringen.
Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die deutsche Frage. Kerngedanke aller dazu im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 getroffenen Regelungen war, zu sichern, „dass Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der Welt bedrohen kann“. Die Grundzüge der alliierten Politik wurden damals oft als „Politik der drei D“ gekennzeichnet: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung. Einig war man sich auch, dass es nicht darum gehen konnte „das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven“, sondern ihm die Chance einzuräumen, durch eigene Anstrengungen seinen Platz in der Welt zu finden.
Doch schon in Potsdam zeigte sich, dass Mächte an einem Tisch saßen, die teilweise gegensätzliche Interessen verfolgten. Der „Kalte Krieg“ warf seine Schatten voraus!

27.08.1770
Hegel geboren
In Stuttgart wird Georg Wilhelm Friedrich Hegel geboren. Nach dem Studium von Philosophie und Theologie in Tübingen und Arbeiten als Privatdozent in Jena und Rektor des Agidiengymnasiums in Nürnberg wird er 1816 als Professor nach Heidelberg berufen und 1818 an die Uni in Berlin, wo er bis zu seinem Tode 1831 lehrt. Hier brachte Hegel sein philosophisches System zum Abschluss, in dem er die aristotelische Metaphysik, die naturwissenschaftlichen Methoden, das moderne Naturrecht und die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft zum Ausgleich zu bringen versucht.
Der revolutionäre Kern seiner Philosophie war der Entwicklungsgedanke, die Dialektik. Die Wirkungsgeschichte seiner Philosophie verläuft über die Trennung von Jung- und
Althegelianern einerseits in die kritische Aufhebung ihrer Resultate (Dialektik) im Marxismus, andererseits in die bürgerliche Rezeption (Idealismus). Im dialektischen und historischen Materialismus, der marxistischen Philosophie, hob Marx die Hegelsche Dialektik auf, indem er sie vom Kopf auf die Füße stellte, „um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken“ (F.Engels).

A.K.

Aus der Dessauer Chronik – Juli/August 1995

11. Juli
Fortsetzung der Diskussion „In großer Sorge“.

Die von den GenossInnen aufgeworfenen Probleme zeigen, dass es um die Grundlagen der PDS-Politik geht, um den Konsens der Partei und das Oppositionsverständnis. Es wird besonders betont, dass die Partei umschalten müsse – vom politischen Überlebenskampf hin zum aktiven Eingreifen in das politische und soziale Geschehen.

Die Mehrheitsmeinung bringt schließlich Günther Zimmermann, amtierender Vorsitzender des gemeinsamen Vorstandes der BO 48 und 50 – in der Oktober-Typisch „Das ist unser Standpunkt“ – zum Ausdruck: „1. Wir halten die von den 38 Unterzeichnern in ihrem Aufruf dargestellten Grundfragen für legitim und diskussionswürdig. 2. Wir missbilligen allerdings den Zeitpunkt und ihre gewählte Methode der Veröffentlichung... 3. Wir missbilligen ebenfalls die zu heftige und auch übertriebene Reaktion von Seiten des Bundesvorstandes, insbesondere die unseres Vorsitzenden, Genos-

se Bisky. Wir erwarten vom Vorstand und natürlich auch von den 38 Unterzeichnern des Aufrufs, die notwendig zu führende Diskussion nicht mit Rechthaberei und gegenseitigen Vorwürfen zu führen, sondern sachlich und kulturvoll... 4. Uns Mitgliedern und Sympathisanten an der Basis drücken und bewegen ganz andere Sorgen. Wir sind keine großen Theoretiker und verspüren wenig Neigung zu dem von den 38 Unterzeichnern des Aufrufs vorgeschlagenen Theorienstreit. Er ist gewiss erforderlich, aber bitte verbindet ihn in der sicher noch zu führenden Strategiediskussion mit der nutzvollen Vorbereitung des 4. Parteitages. Auch wir halten die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Thematik Kommunalpolitik für sehr wichtig, um auf diesem Weg die brennenden Fragen der Bevölkerung, vor allem in Ostdeutschland, zu analysieren und richtige Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit und Stärkung unserer Partei zu gewinnen.

In dieser Richtung unterstützen wir voll die Auffassungen unseres Parteivorsitzenden, Genossen Lothar Bisky, in seinem Brief vom 24. Mai 1995 an die Genossinnen und Genossen unserer Partei."

22. August
Das ND teilt in einer Kurzmeldung am 24. August auf Seite 4 folgendes mit: „Militärkonzert scheiterte an PDS-Aufklebern. Dessau (ADN/ ND) Die Bundeswehr hat ein für den 22. August in Dessau vorgesehenes Konzert des Luftwaffenmusikkorps 4 aus Berlin ausfallen lassen. Zur Begründung teilte der Sprecher der Ausstellung Unsere Luftwaffe, Peter Kläsener, mit, wegen PDS-Plakaten auf den Werbeschildern hätten die Bürger von der Benefizveranstaltung keine Kenntnis erlangen können."

Die MZ vom 25. August berichtet etwas ausführlicher: „Alle Ankündigungsplakate für das Konzert – weit über hundert im gesamten Stadtgebiet – waren in der Nacht zum geplanten Veranstaltungstag mit Gegenplakaten überklebt worden. Ein blauer Helm auf dem Grabkreuz eines Soldaten, dazu die Aussage Wir sagen nein. Wer da nein sagte – das rote Signum der PDS ließ die Frage nicht offen." Weiter heißt es dann: „Im Kreisvorstand der PDS legt man Wert darauf, dass die Aktion nicht von der PDS Dessau geplant, durchgeführt oder mit ihr abgesprochen war". Abschließend wird dann im Artikel festgestellt: „Von ihren angekündigten Protestaktionen gegen die Luftwaffenausstellung am Wochenende rückt die Dessauer PDS damit keineswegs ab."

23. August
In der MZ erklärt Antje Tietz: „Wir rufen alle Dessauerinnen und Dessauer auf, die Luftwaffenschau der Bundeswehr in Dessau zu boykottieren, vor allem Kinder und Jugendliche mit dieser propagandistischen Selbstdarstellung zu verschonen.... Wir rufen alle Dessauer weiterhin auf, alle vom 23. bis 27. August stattfindenden antimilitaristischen Aktionen protestierender Gruppen und Personen zu unterstützen. Die PDS lädt insbesondere zu einer Veranstaltung am Sonntag, dem 27. August, von 10 bis 16 Uhr auf dem Gelände des Flugplatzes ein."

Am selben Tag findet in Berlin die 3. seniorenpolitische Konferenz der PDS zum Thema „Für soziale Grundsicherung und selbst bestimmtes Leben im Alter" statt. Genosse Rudolf Miersch nimmt als Vertreter der Dessauer Senioren AG an dieser Konferenz teil. In der September-Typisch beendet er seinen Bericht mit der Feststellung: „Zusammenfassend möchte ich einschätzen, dass mir die Seniorenkonferenz viele wertvolle Anregungen gegeben hat. Dies trifft sowohl für die Arbeit in der AG, wie auch für die Mitarbeit im Seniorenbeirat der Stadt Dessau zu."

27. August
Friedensfest der PDS – Protestaktion der Kriegsdienstgegner

30. August
Sommerfest der PDS Senioren auf der Terrasse des „Krötenhofes"

Alfred Litzba berichtet: „76 Teilnehmer erfreuten sich an der flotten Blasmusik des Dessauer Blasorchesters. Leider spielte das Wetter nicht so ganz mit, weshalb die Veranstaltung nicht wie vorgesehen auf der Terrasse im Freien stattfinden konnte. Dies tat der guten Stimmung nur bedingt Abbruch.... Alle Teilnehmer gingen zufrieden nach Hause."

DIE LINKE. Dessau-Roßlau nimmt kostenfreie Hartz IV-Beratung wieder auf!

Jetzt zum Zeitpunkt der Lockerungen in der Coronazeit können wir wieder unseren Beratungsservice rund um sämtliche Sozialleistungen anbieten. Zudem geben wir Hilfestellungen zu Problemen, die sich aus den Leistungen und Regelungen der Pandemie ergeben.

Unsere Rechtsanwältin Ulrike Brösner steht Ihnen an folgenden Terminen zur Verfügung:

Unsere nächster Beratungstermin sollen Freitag der 24.07.2020 von 14 Uhr bis 17 Uhr in der Karlstraße 4 in Dessau sein. Weitere Termine sollen alle zwei Wochen Freitags ab 14 Uhr folgen.

Eine Anmeldung ist grundsätzlich nicht notwendig, aber eine Vorabbesprechung wäre sinnvoll und wird von der Mitarbeiterin der Regionalgeschäftsstelle gerne koordiniert. Diese ist täglich von 9 Uhr bis 14 Uhr und dienstags von 15 Uhr bis 17.30 Uhr unter der Nummer 01577- 5895059 zu erreichen.

Wir weisen ausdrücklich daraufhin, bei Besuch unserer Geschäftsstelle unser Hygienekonzept zu beachten. Diese schreibt das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes vor. Zudem dürfen sich nicht mehr als drei Personen gleichzeitig im Beratungsraum aufhalten.

Ulrike Brösner und Stine Rumel-Strebelow

Termine Juli/August 2020

27.07.2020	16.00	Beratung BO-Vorsitzenden RGST. Karlstr. 4
	17.30	Beratung Stadtvorstand RGST. Karlstr. 4
31.07.2020		Mitgliederversammlung BO-Roßlau
		65. Geburtstag Gen. Pätzold, Hans-Joachim
01.08.2020		**65. Geburtstag Gen. Bettführ, Harald**
05.08.2020		Friedrich Engels, gest. 1895
06.08.2020		**80. Geburtstag Gen. Nachtweih, Willi**
17.09.2020	18:00	Beratung Landesvorstand, Magdeburg
18.08.2020		Ernst Thälmann, ermordet 1944
14.08.2020		Abgabe Listen »Volgsbegehren« RGST. Karlstr. 4
27.08.2020		LAG Senioren, Magdeburg
31.08.2020	16:00	Beratung BO-Sprecher, RGST. Karlstr. 4
	18:30	Beratung Stadtvorstand RGST. Karlstr. 4

Alle Termine sind unter den Bedingungen der Gorona-Virus-Maßnahmen umzusetzen!

Herzlichen Glückwunsch

65. Geburtstag von Hans-Joachim Pätzold
65. Geburtstag von Harald Bettführ
80. Geburtstag von Willi Nachtweih

Allen Genossinnen und Genossen,
die im Juni ihren
Geburtstag begehen,
herzlichen Glückwunsch!

DIE LINKE.
Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Stadtverband Dessau-Roßlau
Karlstraße 4
Telefon 0340-2167458
e-mail: info@dielinke-dessau-rosslau.de
Internet: www.dielinke-dessau-rosslau.de

Sprechzeiten
Dienstags 9.00 bis 14.00 Uhr
Freitags: 9.00 bis 12.00
Ansprechpartner Vorstand
0340 2508570
Ansprechpartnerin für die Region Anhalt
Stine Rummel-Strebelow
nach Vereinbarung
(015 77) 589 50 59

Spendenkonto
IBAN: DE83800535720039005640
BIC: NOLADE21DES
Stadtsparkasse Dessau
Fraktion der Partei DIE LINKE. im
Stadtrat Dessau-Rosslau
Alte Mildenseer Straße 17
Tel/Fax: (03 40) 220 32 60
E-Mail: fraktiondl@datel-dessau.de

Herausgeber:
Stadtverband DIE LINKE. Dessau-Roßlau

Redaktion:
Th. Bergfeld, K.-D. Hildebrandt
ViSdP: F. Hoffmann

Post an dieRedaktion:
typisch@dielinke-dessau-rosslau.de

Für den Inhalt, die Rechtschreibung und die Grammatik der Artikel sind die Autoren verantwortlich.
Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht.
Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Preis: Spende

Jan Korte

Die Verantwortung der Linken

Seit einigen Jahren gibt es in der Linken – ob es nun Mitglieder der SPD, der Grünen, der Linken oder parteilose Bewegungslinke sind – immer wieder Debatten darum, was der richtige Weg sei: Die einen kämpfen für Minderheitenrechte und retten das Klima, die anderen kümmern sich vor allem um ökonomische Fragen. Und zwischen beiden Seiten vergrößert sich der Riss. Die einen glauben, dass die anderen die »kleinen Leute« verraten, die anderen fürchten, dass gerade in der Klimakrise die Umweltfragen oder dass in Zeiten von zunehmendem Rassismus und Sexismus die Rechte von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund vernachlässigt werden.

In diesen Konflikt greift Jan Korte ein und stellt harte Forderungen auf: Es muss wieder ein Gleichgewicht zwischen den kulturellen und sozialökonomischen Ansichten der Linken hergestellt werden. Er fordert Verständnis, gerade auch für die Menschen, die nicht in den urbanen Zentren leben. Er fordert alle, die sich als Linke und Linksliberale betrachten, auf, wieder Verantwortung zu übernehmen – für die ganze Gesellschaft. Denn es gilt: Niemals herab blicken!

Portrait

Jan Korte, geboren 1977 in Osnabrück, Politikwissenschaftler M.A. Korte wurde bereits als Schüler Mitglied bei Bündnis 90 / Die Grünen. 1999 trat er aus der Partei wegen der Zustimmung zum Jugoslawienkrieg und ihrer Rechtsentwicklung aus. Noch im selben Jahr trat er in die Partei des Demokratischen Sozialismus ein. Seit 2004 ist er in der Bundespolitik aktiv. Zudem ist er Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze zu politischen und historischen Fragen und einige Bücher, zuletzt »Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland. Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte« (zusammen mit Dominic Heilig, 2011) und »Geh doch rüber!« (2013).

Pressestimmen

Die Linke ist in der Verantwortung, alles zu tun, um die weitere Verschiebung nach rechts aufzuhalten. Da haben wir nun mal wirklich einen Job zu machen. Der zweite Aspekt, den der Begriff Verantwortung in sich trägt, ist wieder Verantwortung für diejenigen zu übernehmen, für die die Linke da sein sollte. Ganz knapp gesagt für die Menschen, die jeden Tag ausgebeutet und geknechtet werden.

Jan Korte im Interview mit Jacobin geführt von İlker Eğilmez und Ines Schwerdtner

Korte nimmt, und das ist angesichts vieler unglücklich geführter Debatten in der LINKEN wichtig festzuhalten, keinerlei Abwertung von antirassistischen, (post)migrantischen und anderen emanzipatorischen Kämpfen der letzten Jahrzehnte gegenüber den sozialökonomischen vor. Vielmehr stellt er immer wieder ihre Gleichrangigkeit heraus.

Florian Weis / Rosa Luxemburg Stiftung

Wer [...] politisch interessiert ist, kann das gut verständliche Buch mit Gewinn lesen.

Mario Kowalak / ekz.bibliotheksservice

Da schreibt jemand, den die Frage umtreibt, wie er den Kontakt zu den Menschen halten oderzurückgewinnen kann, für die er und seine Partei Politik machen wollen.

Gerd Wiegel / Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Dabei ist entscheidend, dass Jan Korte diese Debatte nicht um einen weiteren akademischen oder feuilletonistischen Beitrag bereichern möchte, sondern diese Prozesse aus der Sicht derjenigen Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises rekonstruiert, die zu einem großen Teil einst DIE LINKE wählten, inzwischen aber mit Hoffnungslosigkeit auch auf DIE LINKE reagieren. [...] Was Jan Korte einfordert, ist eine Politik der sozialen Transformation, die das Verhältnis von Öffentlichem und Privatem, von Staat und Markt, von Ökologie und Sozialem neu austariert.

Gregor Gysi / clara. Das Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Erschienen im Verbrecher Verlag
Broschur, 140 Seiten
Preis: 16,00 €
ISBN: 9783957324283